

„Morgen werd ich 'nen Yahud verdreschen“



Dass Israel zerstört gehört und dessen bloße Existenz ein Verbrechen ist, ist eine Meinung, die im islamophilen Deutschland des Jahres 2011 wieder immer mehr Anklang findet. Nicht nur aber der Judenstaat an sich soll das Übel schlechthin sein, sondern auch der „internationale Jude“, der die weltweite Wirtschaft dominiert, die Medien manipuliert, Kriege anzettelt und nicht zuletzt die Frechheit besitzt, sich gegen den islamischen Terror zur Wehr zu setzen.

(Von Tangsir)

Es bleibt aber natürlich nicht nur bei solchen rassistischen Schuldzuweisungen, die Juden und Israel für allen Übel dieser Welt schuldig zu machen und das Existenzrecht Israels offen in Frage zu stellen, sondern geht weiter bis hin zu Statements, Juden Gewalt anzutun und ihren Tod zu fordern. So ein Fall von offenem Judenhasse gibt es nun auf unseren Blog tangsir2569. Der Betreiber einer islamistischen Website (<http://kalimattauhidmedia.net>) kündigt den Mord an einem Juden an und fühlt sich dabei ganz sicher, da er das Anonymisierungsnetzwerk „Tor“ benutzt:

„morgen werd ich nen yahud verdreschen. wenn ich kann gibs

bordsteinkick aber die lehrer sind überall also passt auf ihr juden, morgen ist einer von euch dran !!!!!!!!!!!!!!!“

Dieser Jünger Mohammeds war bereits schon einmal [Gegenstand eines Artikels](#) auf dem Blog und nun kündigt er hier im Blog einen Mord an. Was dieser ekelhafte Allahist als „verdreschen“ durch „bordsteinkick“ umschreibt, führt direkt zum Tod des Opfers. Wikipedia klärt auf:

Randsteinbeißen (engl. Curb stomping, Curbjob), ugs. Bordsteinkick, Bordsteinbreaker oder auch Bordsteinfressen, beschreibt eine Gewalttat, bei der das Opfer mit seinem Mund bzw. seinen Zähnen an einer festen Stelle – meist einem Bordstein – fixiert und in den Nacken getreten wird. Die Folge ist oft ein Genickbruch und damit der Tod des Opfers.

Sich seiner Sache ganz sicher und im vermeintlichen Schutz der Anonymität, setzte er noch einen drauf und [schrieb am folgenden Tag](#), dass er seine Ankündigung in die Tat umgesetzt hat.

Leider wurde unser Islamist gleichzeitig Opfer seiner eigenen Eitelkeit, denn nachdem ich seine letzten Kommentare mit Verlinkung zu seiner Website bei mir auf dem Blog nicht freigeschaltet habe, [tarnte er sich als angeblicher Fan unseres Blogs](#), um wenigstens so seine Seite und Rechtfertigungsrede bei uns verlinken zu können.

Nun sind wir im Besitz seiner Einwahldaten und IP-Adresse, mit dessen Hilfe die Polizei in Bayern ganz schnell unseren Allahisten identifizieren kann, der nebenbei auf seinem Blog terrorbereiten Islamisten ein Forum bietet.

Ich bitte die PI-Leserschaft fleißig Anzeigen gegen diesen Burschen zu stellen, der nach eigenen Angaben in München Medizin studiert und den Deutschen damit droht, [illegalerweise ihre Organe zu entnehmen.](#)

Ein ähnlicher Fall wurde übrigens in den USA vor Gericht behandelt und dort wurde ein allahistisch motivierter Amerikaner für seine [Terrorandrohung gegen die satirische Sendung „South Park“](#) zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteilsbegründung war treffend als auch einleuchtend:

„Sein Verhalten hat Menschen im ganzen Land Angst gemacht, ihre Meinung – selbst im Scherz – zu äußern, weil sie sonst als Feinde gebrandmarkt werden könnten, die den Tod verdienen“ – US-Bundesanwalt Neil McBride.

Ob Deutschland genauso wie die USA die freiheitlichen Rechte hierzulande durchsetzt und schützt, wird sich nun im Falle des bayrischen Wurtsfingerislamisten zeigen.

Oder aber wir akzeptieren die von gewaltbereiten Moslems geschaffene Atmosphäre der Angst und des Terrors als kulturspezifische Bereicherung, der wir uns beugen sollen.

Ich möchte zum Schluss bekräftigen, dass [im verlinkten Beitrag](#) alle mir zur Verfügung stehenden Informationen über diesen Mohammedanisten online gestellt wurden und die Polizei anhand dieser Daten die weiteren Ermittlungen aufnehmen und zum Abschluss bringen kann.




Gideon Böss über Kreuzberger Toleranz



Vieles ist schon geschrieben worden über Sarrazins Kreuzberg-Besuch. Der Beitrag von Gideon Böss, der sich in seinem Blog mit der Toleranz der Kreuzberger beschäftigt, gefiel uns mit am besten. Hier ein Auszug: „Es ist bekannt, dass Kreuzberg weltoffen, fröhlich und kreativ ist, aber alles hat natürlich seine Grenzen. Die Kreuzberger Toleranz zum Beispiel deckt folgende Problemfälle nicht ab: Atomkraft-Befürworter, S21-Unterstützer, [Juden](#), Sarrazin, BILD-Leser, Banker, FDP-Mitglieder, CDU-Mitglieder, [ausländische Touristen](#), Porsche-Fahrer, [McDonalds](#), Aktienbesitzer und [Schwule](#).“ [Weiterlesen...](#)

» BILD: [Wie tolerant ist unsere Hauptstadt?](#)

Nur wer was hat, soll wählen dürfen! Ja!?

DIE  WELTWOCH Die meisten dürften schon einmal vom preußischen Dreiklassenwahlrecht gehört haben. Wer mehr

Steuern zahlte, hatte auch mehr Stimmen. Im allgemeinen wird es als großer Fortschritt und als Menschenrecht gehandelt, daß jeder Wahlberechtigte eine Stimme hat und nicht mehr. Die Verhältnisse haben sich aber im Laufe der Zeit, unter Tarnbegriffen wie „soziale Gerechtigkeit“ und einer wirtschaftsfeindlichen Politik dahin gewandelt, daß die meisten Bundesbürger ziemlich mittellos sind. Und so bestimmen nun immer mehr Habenichtse die Politik und berauben diejenigen, die noch etwas haben und Steuern zahlen.

Genau das ist das Thema eines Artikels (Nur wer Eigentum hat, soll wählen und stimmen dürfen) in WELTWOCHE 29/11; hier ein Auszug:

Zusehends enteignen Habe- und Taugenichtse die Besitzenden. Die Demokratie stösst an ihre Grenzen. Von Christian Huber

... .. Genau besehen ist Demokratie ein ausserordentlich labiles Modell. Volksherrschaft kann auch Herrschaft des Pöbels bedeuten, die Enteignung der Minderheit der Leistungswilligen und Besitzenden durch eine Mehrheit von Habe- und Taugenichtsen. Wenn die Staatsquote und mit ihr die Zahl der Transferempfänger unaufhaltsam wächst, wenn schweizerische Maturanden erst einmal Sozialhilfe beziehen, um sich vom Stress der gymnasialen Ausbildung zu erholen, so sind das Gefahrensignale.

Dass Mehrheitsherrschaft zu wachsender Ausbeutung der Minderheit führen kann, hatten schon die griechischen «Erfinder» der Demokratie erkannt. So ersann der Athener - Solon als Gegengift das Zensuswahlrecht, also die Beschränkung des Wahlrechts auf Stimmbürger, welche gewisse Kriterien wie materiellen Besitz oder die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stand erfüllen. Selbst die Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika erkannten die Gefahren einer allgemeinen Demokratie für Freiheit und Privateigentum. Sie nahmen in die Verfassung von 1787 eine Bestimmung auf, wonach nur Männer mit Besitz wählen durften. Dahinter stand der

Gedanke, dass, wer Eigentum hat, langfristiger denkt als derjenige, der von der öffentlichen Hand lebt. Von diesem Zensuswahlrecht verabschiedeten sich die Vereinigten Staaten erst 1830 im Rahmen der Abschaffung der Sklaverei und unter dem Einfluss von Anti-Alkohol-, Frauenrechts- und Gewerkschaftsbewegungen.

Das allgemeine Stimm- und Wahlrecht – «One man, one vote» – ist ein derartiges Tabu, dass die Schweizerische Bundesverfassung nur die unter Achtzehnjährigen sowie die Geisteskranken und Geistesschwachen davon ausschliesst. Wo es zum Führen eines Motorfahrzeuges und zum Halten eines Hundes einer Prüfung bedarf, während Kriminelle, Asoziale, Analphabeten und Sozialhilfebetrüger stimmen und wählen dürfen, wo jedermann ohne die geringsten staatsbürgerlichen Kenntnisse – das schweizerische Schulsystem hat heute andere Prioritäten – bei existenziellen Fragen dieses Landes mitbestimmen darf, wo ein pädosexueller Lehrer Berufsverbot erhält, ihm aber sein Stimm- und Wahlrecht nicht entzogen werden kann, dort stellt sich die Frage nach einer Beschränkung des Stimm- und Wahlrechtes natürlich nicht.

Bleibt die Hoffnung, dass die Vernünftigen, die politisch Reifen, die Verteidiger von Freiheit und Privateigentum in der Mehrheit bleiben. Mehr als diese Hoffnung bleibt uns nicht.

Christian Huber war als Regierungsrat von 1999 bis 2005 Finanzdirektor des Kantons Zürich. Copyright WELTWOCHE 29/2011. Man darf gespannt sein, wo das alles noch hinführt, wenn nicht der Zusammenbruch der Eurozone dem System der permanenten Umverteilung nicht sowieso ein abruptes Ende mit unklaren Folgen bereitet.

UN: Klimawandel gefährdet Weltfrieden

Dank des UN-Sicherheitsrates wissen wir nun endlich: Die Auswirkungen des [Klimawandels gefährden den Weltfrieden](#)! In einer Erklärung der Sicherheitsratpräsidentschaft heißt es dazu: „Negative Folgen des Klimawandels könnten auf lange Sicht bereits bestehende Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit in der Welt verschärfen“. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagte, extreme Wetterlagen stiegen in ihrer Häufigkeit und könnten ein gefährliches Sicherheitsvakuum zur Folge haben.



**Iranische Propaganda:
Schleier machen klug**



Die iranischen Revolutionsbärte haben sich einen neuen ganz schlaunen Trick ausgedacht, um ihr nach 32 Jahren der Gewaltanwendung, Schikane und Verhaftungen immer noch widerspenstiges Weibsvolk unter den Schleier zu bekommen: Sie versuchen den Damen einzureden, Schleierlosigkeit mache dumm und bringe das Hirn zum Schrumpfen – vermutlich sind deswegen alle bekannten weiblichen Forscherinnen muslimische Kopftuchträgerinnen, oder wie war das nochmal?!?

20 Minuten [berichtet](#):

Manchmal ist eine Karikatur gut, aber die zugrunde liegende These hinkt. Manchmal verhält es sich genau umgekehrt. Und manchmal sind sowohl These als auch Karikatur unbrauchbar. So geschehen in den vergangenen Tagen mit einer Karikatur, die von der konservativen iranischen Nachrichtenagentur Fars verbreitet wurde und viele Frauen im Iran empört.

Die Karikatur (siehe oben) zeigt zwei Frauen, eine liederlich verschleiert mit einem kleinen Hirn und eine vorbildlich verschleierte mit einem großen. Laut der offiziellen Haltung der Regierung beschützt der Schleier die Frauen vor unanständigen Blicken der Männer. Wer ihn nicht richtig trägt, muss demnach ein Flittchen sein. Die besagte Karikatur geht noch einen Schritt weiter, indem sie einen Zusammenhang zwischen Schleier und Hirnmasse herstellt.

Wahrhaft beschränkt ist, wer solchen Quatsch glaubt. Nur weil

sich unter dem Schleier das eine oder andere Gramm zuviel geschickter verbergen lässt als ohne, wächst deswegen nicht die Gehirnmasse mit. Wenn wir schon Anfangen die Bedekung auf dem Kopf mit dem Inhalt im Kopf in Relation zu bringen, ließe sich genausogut fragen, ob die Länge der Revolutionsbärte etwas zu kompensieren versucht.

Miris in Stade: Zusammenarbeit mit Neonazis?



Nachdem Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) den „Motorradclub“ der Miris kurz vor der Bremer Wahl aus Angst vor dem Einzug der „Bürger in Wut“ öffentlichkeitswirksam verboten hatte, gründen die Miris nun ein [neues Chapter im niedersächsischen Stade](#).

(Von StaderGeest)

Zwei Aspekte spielen für diese Standortwahl eine Rolle: Zum Einen ist in Stade die multikriminelle libanesische Familie Fakhro ansässig, deren junger Spross Mohammed erst [letztes Jahr abgeschoben wurde](#). Gut ein Dutzend Mitglieder der Familie Fakhro haben in der Stader Polizeiinspektion ein eigenes Fahndungsplakat. Die Intensivtäter aus dem Altländer Viertel sind dafür verantwortlich, dass dieser Stadtteil mit [400 Kameras auf 2000 Einwohner](#) ein Hochsicherheitstrakt ist. Die

Kriminalität mit Angriffen auf Leib und Leben verlagerten sich seitdem ins Bahnhofsumfeld und die nahegelegene Innenstadt. Der Nachwuchs für die Organisierte Kriminalität wird also leicht zu finden sein.

Zum Anderen macht sich auch der „MC Gremium“ in Stade breit. Nach Informationen des Bremer Weser-Kuriers (siehe Link 1) arbeiteten die Mongols bereits in Bremen eng mit Gremium zusammen. Pikant an der Sache ist, dass das Gremium-Chapter in Stade von Neonazi Sebastian Stöber geleitet wird. Dieser ersteigerte in Wöhrden im Alten Land vor den Toren Stades das Ausflugslokal [„Zur Symphonie“](#), das als Vereinsheim für Gremium dienen sollte. Nach Protesten von Linksextremisten, Bürgern und Behörden wurde die Nutzung als solches untersagt. Daraufhin versuchte Stöber, das Lokal an Selim S. – selbsternannter „europäischer Hochkommissar für Menschenrechte“, „Präsident des Zentralrates Europäischer Bürger“ – und dessen [„Internationales Zentrum für Menschenrechte“](#) zu stiften. Eine Luftnummer, wie sich herausstellte. Man darf jedoch gespannt sein, wie sich diese Symbiose aus Geistesverwandten entwickelt und ob sich die Strafverfolgung dabei auf der Nase herumtanzen lässt.



Schlachten für die

Weltrettung



Die Rettung des Weltklimas treibt immer skurrilere Blüten. Australien will jetzt wilde Kamele abschlachten, weil sie rülpfen und deswegen für den Wandel des Klimas sorgen. Für jedes tote Kamel sollen Klimazertifikate ausgegeben werden, ganz nach dem Motto: Nur ein totes kamel ist ein gutes Kamel!

Der „Stern“ [berichtet](#):

Mit dem Abschlachten rülpsender Kamele will Australien zur Klimarettung beitragen. Der Vorschlag, für die getöteten Paarhufer CO₂-Zertifikate auszugeben, kommt nächste Woche ins Parlament und hat schon Zuspruch von allen Parteien. „Die Zertifikate könnten im In- und Ausland an Firmen verkauft werden, die Verschmutzungsrechte brauchen“, meinte der zuständige Staatssekretär, Mark Dreyfus, am Donnerstag.

(...)

In Australien leben nach Schätzungen mehr als 1,2 Millionen wilde Kamele. Sie gelten als Plage, weil sie die karge Vegetation abfressen und die wenigen Wasserstellen leersaufen. Vor zwei Jahren bedrängte eine Herde das Dorf Docker River und riss dort auf der verzweifelten Suche nach Wasser Regenrinnen und Kühlschläuche von Klimaanlagen von den Dächern.

Die Kamele wurden vor mehr als 150 Jahren nach Australien gebracht und dort als Transporttiere eingesetzt. Alle Tiere

in Australien zu töten, spare im Jahr so viel schädliche Gase wie der Ausstoß von 300.000 Autos, meinte der Oppositionssprecher für Agrarfragen, John Cobb.

Na dann können wir ja fleißig Auto fahren. Wenn dafür Kamele sterben...

(Spürnase: Jan)



PRO heute in Kreuzberg



In Berlin haben die Sitzungen der Ausschüsse begonnen, die anhand der vorgelegten Unterstützerunterschriften über die Zulassung der Kandidatur der Parteien für die Bezirksverordnetenversammlungen und das Abgeordnetenhaus entscheiden. Steglitz-Zehlendorf machte am 19. Juli den Anfang, heute folgt der Bezirk Kreuzberg, wo bereits eine Wahlveranstaltung von PRO gewaltsam verhindert wurde. Deswegen demonstriert die Partei **heute ab 14 Uhr 30 vor dem Rathaus in der Yorckstraße**. Man befürchtet, dass auch beim Wahlausschuss die demokratischen Spielregeln nicht eingehalten werden.

Aus der [Pressemitteilung zur heutigen Demo](#):

Am Donnerstag tagt im alten Kreuzberger Bezirksrathaus der Bezirkswahlausschuß, um über die Zulassung der Wahlvorschläge für die Bezirksverordnetenversammlung und das Abgeordnetenhaus von Berlin zu beraten. Obwohl die Bürgerbewegung pro Deutschland alle formalen Voraussetzungen für die Kandidatur in Friedrichshain-Kreuzberg erfüllt, zeichnet sich ab, daß linke Mandatsträger aus materiell-politischen Gründen gegen die Zulassung der Wahlvorschläge stimmen werden. Um dem diese Ausschußmitglieder tragenden politischen Umfeld ins demokratische Gewissen zu reden, führt pro Deutschland vor dem alten Kreuzberger Rathaus, in dessen Raum 1053 der Bezirkswahlausschuß in öffentlicher Sitzung tagt, eine Kundgebung durch:

Motto: „Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden“

Termin: Donnerstag, 21. Juli 2011, 14.30 Uhr

Ort: Yorckstr. 4-11, Kreuzberg, 10965 Berlin

Redner: Reinhard Haese, Lars Seidensticker, Manfred Rouhs, u.a.

Die Polizei wird gemäß den Bestimmungen des Versammlungsgesetzes für einen umfassenden Schutz der Versammlungsteilnehmer sorgen. Manfred Rouhs nimmt als Vertrauensperson für die Wahlvorschläge der Bürgerbewegung pro Deutschland im Anschluß an die Kundgebung an der Ausschußsitzung teil.

[In der taz](#) machen die Linksextremisten bereits mobil, um ein weiteres Mal die Herrschaft des roten Mobs über den Rechtsstaat in Kreuzberg vorzuführen:

„Denen gehts nicht um Meinungsfreiheit, sondern um

Diffamierung und Ausgrenzung“, sagt Garip Bali vom migrationspolitischen Verein Allmende, der mit zu den Protesten aufruft. „Wir werden nicht zulassen, dass Rassismus hier salonfähig wird.“

Das islamfeindliche Pro Deutschland will sich um 14.30 Uhr mit 20 Anhängern vor dem Rathaus in der Yorckstraße treffen. Gegendemonstranten wollen sich eine Stunde zuvor versammeln. Im Rathaus trifft sich parallel der Bezirkswahlausschuss, um über die Zulassung der Wahlvorschläge zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und zum Abgeordnetenhaus zu beraten. Pro Deutschland fürchtet, dass der eigene Wahlantritt vom Bezirk abgelehnt wird. Die Kundgebung solle „den Ausschussmitgliedern ins demokratische Gewissen reden“, so Spitzenkandidat Manfred Rouhs.

Baustadtrat Hans Panhoff (Grüne) versicherte, die Listen und Unterschriften von Pro Deutschland so zu prüfen wie die der anderen Parteien. Dass sich die Zivilgesellschaft vor dem Haus gegen Rassismus positioniere, sei aber „erfreulich“.

Pro Deutschland tritt neben der NPD und der Partei „Die Freiheit“ im Rechtsaußenspektrum zur Abgeordnetenhauswahl im September an. Ein Treffen der Partei im Kreuzberger BVV-Saal am 30. Juni hatten Gegendemonstranten mit Blockaden friedlich verhindert. Daraufhin forderte Pro Deutschland Schadenersatz von 919,30 Euro und klagte gegen Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne), weil dieser die Blockaden unterstützt hatte. Auch die Polizei leitete von Amts wegen Ermittlungen gegen Schulz ein. Vorwurf: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Der Hass der Linksextremisten dürfte aktuell besonders hohe Wellen schlagen, nachdem im Bezirk Steglitz-Zehlendorf bereits vorgestern der Wahlausschuss getagt hatte. [Pro berichtet](#):

Eher als in den 11 anderen Berliner Bezirken bestimmte am 19. Juli 2011 der Wahlausschuß von Steglitz-Zehlendorf, welche Parteien, Wählervereinigungen und Einzelbewerber bei den

Berlin-Wahlen am 18. September 2011 auf dem Stimmzettel stehen werden. Diese erste Berliner Wahlausschuß-Sitzung 2011 war frei von Überraschungen: Neben CDU, SPD, Grünen, Linkspartei und FDP wird ausschließlich die Bürgerbewegung pro Deutschland auf jedem Stimmzettel im Wahlkreisverband Steglitz-Zehlendorf vertreten sein. Verschiedene Kleinparteien und Einzelbewerber scheiterten vollständig oder in Teilen des Wahlgebietes bei der Unterschriftensammlung für ihre Wahlvorschläge. Allerdings gelang es der Piratenpartei, in immerhin sechs der sieben Steglitz-Zehlendorfer Wahlkreise die Wahlteilnahme-Voraussetzungen zu erfüllen.

Foto: Pro-Mahnwache in Köln



Geschichte wiederholt sich doch?



Es ist wieder eine dieser Geschichten, die man am liebsten gar nicht anfasst. Wer sich – wie der Autor – fünf mal die mediale Hinrichtung von Eva Herman durch den unsäglichen „Jopie“ Kerner angeschaut hat, weiß eigentlich, wovon man die Finger weglassen soll.

(Von Thorsten M.)

Trotzdem beschleicht einen ein gruseliges Déjà-vu, wenn man heute [den Medien entnimmt](#), dass der gestrige 67. Jahrestag des 20. Juli 1944, dazu genutzt wurde, im Morgengrauen den noch vor dem Holocaust nach England geflogenen Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess zu exhumieren, um ihn einzuäschern.

Rudolf Hess war 1941 mitten im Krieg mit einer eingebildeten oder tatsächlichen Friedensmission über Schottland mit dem Fallschirm abgesprungen und seitdem bis zu seinem Selbstmord 1987 in alliierter Gefangenschaft gewesen.

Nach seinem Tod wurde er – auf seinen Wunsch hin – im bayrischen Wunsiedel, dem Herkunftsort seiner Familie, auf dem Evangelischen Friedhof bestattet. Dass sich immer wieder Neonazis zum Gedenken an seinem Grab (Foto oben) eingefunden haben, ist eine unschöne Tatsache. Auch zu Stalins oder Napoleon Bonapartes Grab (auch letzterer hat sehr viel Elend über die europäischen Völker gebracht!) pilgern heute noch weitaus größere Menschenmengen. Aber eigentlich schien das Problem durch ein Nazi-Versammlungsverbot des Bundesverfassungsgerichts für Wunsiedel gelöst.

Offenbar stand nun aber die Verlängerung des Grab-Pachtvertrags an und hier wurde der Familie von der Evangelischen Kirchengemeinde die Pistole auf die Brust gesetzt. Dass sich eine Hess-Enkelin – auch juristisch – massiv zur Wehr setzte, half nichts. Die Gebeine seien zu entfernen. Da sich in ganz Deutschland sicher kein Friedhof findet, der sich auf eine Umbettung einlassen würde, werden die sterblichen Überreste nun kremiert und in Ermangelung eines anderen Platzes im Meer verstreut. Die Familie habe sich „schließlich überzeugen lassen“, hieß es einsilbig in den einschlägigen Pressemitteilungen.

Zur Erinnerung – auch weil sich dieser unerhörte Vorgang am

Jahrestag des Stauffenberg'schen Attentats auf Hitler zutrug – eine erschreckende Analogie zur totalitärsten Phase der Nazi-Diktatur: Nach dem Scheitern des Staatsstreichs wurden damals Stauffenberg, Werner von Haeften, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Friedrich Olbricht standrechtlich erschossen und auf dem St. Matthäus-Kirchhof in Berlin verscharrt. Schon im Morgengrauen ließ Himmler die Leichen ausgraben, verbrennen und über den Rieselfeldern Berlins verstreuen, damit nichts an sie erinnere. Lediglich verschiedene Gedenksteine, z.B. in der Graf-Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen, halten heute noch das Andenken an diese deutschen Helden wach.

Durch Grabverweigerung anderen Menschen Genugtuung verschaffen zu wollen ist – egal durch wen – ein barbarischer Akt, mit dem man sich außerhalb jeglicher Zivilisation stellt. Es ist schließlich ein nicht nur christlicher Grundsatz, nicht über den Tod hinaus zu richten.

Glauben die Gutmenschen in Deutschland – und zuvorderst in diesem Fall im [Evangelischen Kirchengemeinderat Wunsiedel](#) – wirklich, die letzten Reste des Nazismus austreiben zu können, indem sie solche totalitären Traditionslinien aufgreifen?

Wenn man dies zuende denkt, sollte Thilo Sarrazin (er möge noch viele Jahrzehnte leben!) sich vermutlich heute schon um eine Grabstätte in den noch freien USA kümmern?!

**Mathias Rohe wirbt für
polygame Moslems**



Die neue WELTWOCHEN 29/2011 (Abb.) berichtet von Bestrebungen, in der Schweiz die Scharia zu dulden, und nicht nur das, sie wird schon geduldet, wie bei uns auch, und dies, nachdem das Volk sich für ein Minarettverbot ausgesprochen hat. Es ist aber überall dasselbe, die „Eliten“ setzen sich undemokratisch über die Bevölkerung hinweg. Die Dummen sind die einheimischen Melkkühe, welche diese Zumutungen bezahlen müssen.

Im Scharia-Artikel berichtet die WELTWOCHEN von einer Tagung an der Uni Zürich, wo der bei PI bestens berüchtigte Erlanger Professor Mathias Rohe auch seinen Senf abgab:

Zu diesen «fremden Rechtsvorstellungen» gehört beispielsweise die Polygamie. Es ergäben sich «Konflikte», wenn ein «polygamer Muslim» nach Europa einwandere, stellte der Erlanger Rechtsprofessor und Islamwissenschaftler Mathias Rohe an der Zürcher Tagung fest. Das Rezept des deutschen Gelehrten: Er warb für «kulturelle Sensibilität», sprich: für entgegenkommendes Verständnis des Gastlandes für die fremden Sitten und Gebräuche der Migranten. Anpassen müssen sich nicht die Einwanderer, anpassen müssen sich die Aufnahmeländer.

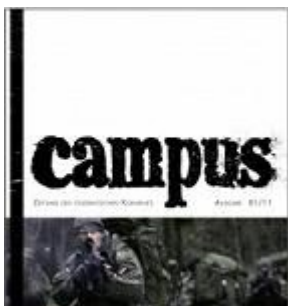
Das Verbot der Polygamie müsse gelockert werden, fordert der Islamwissenschaftler. Man dürfe «Zweit- und Drittfrauen das Recht auf Einwanderung, Unterhalt und Erbe» nicht «verweigern, sobald sie in einem anderen Kulturkreis» lebten, so Rohe. Die «Rechte der Minderheiten» müssten «in der

Alltagspraxis erlebbar» gemacht werden. Auf die «kulturell bedingten Vorstellungen und Meinungen der Einwanderer» sei Rücksicht zu nehmen. Schweizer Professoren und Juristen teilen die Ansichten des deutschen Kollegen.

Wie das bereits in der Praxis aussieht, erfährt man im selben Artikel weiter unten:

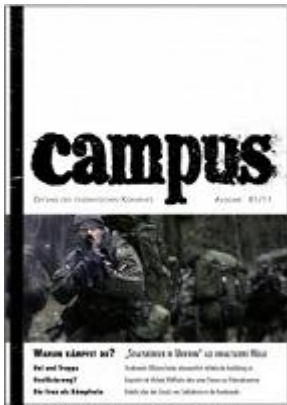
Weniger bekannt ist der Fall eines Irakers, der im Jahr 1998 in die Schweiz kam und sich im Kanton Schwyz niederliess (Weltwoche Nr. 34/07). Nach seiner «vorläufigen Aufnahme» – die naturgemäss zu einer definitiven wurde – holte er seine zwei Ehefrauen sowie neun Kinder ins Land. Da sich die Frauen nicht vertrugen, brachte man sie in verschiedenen Gemeinden unter. Die islamische Doppelfamilie lebt von der Sozialhilfe, die dem Mann ein ungleich höheres Einkommen beschert, als er mit redlicher Arbeit verdienen könnte.

Wie gesagt, in Westeuropa immer und überall dasselbe. Der dumme Einheimische zahlt die von oben gewollte und beförderte Islamisierung über das Sozialamt! Ökonomischer Nutzen: Null!



Bundeswehr: SPD will Kopf von

Chefredakteur



In der Bundeswehr ist durch den tragischen Unglücksfall auf der Gorch Fock, bei dem im vergangenen November die Offiziersanwärterin Sarah Lena S. ums Leben kam, eine lebhafte Diskussion in Gang gekommen. Kameraden sprechen dabei in allen Truppenteilen, sobald sie unter sich sind, offen darüber, dass Frauen vielleicht doch nicht so gut zum Militärdienst geeignet sind, wie das die Gleichstellungsbeauftragten dieser Republik gerne hätten.

(Von Thorsten M.)

Spätestens seit Erik Lehnert im Fachmagazin [„MarineForum“](#) dies sehr ausführlich darlegte, ist der Geist endgültig aus der Flasche. Nun hat – [wie schon Kewil berichtete](#) – auch der neue Chefredakteur der Studentenzeitung „Campus“ an der Bundeswehr-Universität in München, Martin Böcker, nachgezogen. Schon im Editorial der ersten von ihm verantworteten Ausgabe kündigte der Oberleutnant eine klare Linie an: Die Redaktion werde den Schutz der Pressefreiheit „schamlos ausnutzen“.

Und es blieb nicht nur bei der Drohung. Plötzlich sind in der bisher unauffälligen Studentenzeitung Sätze zu lesen wie „Frauen als Kämpfer einzusetzen, bedeutet einen strukturellen Kampfwertverlust“. Oder es spreche zudem vieles dafür, „dass die Abnahme von Disziplin und innerem Zusammenhalt bei geschlechtlich gemischten Einheiten mehr als ein Allgemeinplatz“ sei. Auch von einer „Verweichlichung von Ton und Stil“ in der Truppe ist die Rede. Dass dann zu allem

Überfluss auch noch eine Werbeanzeige des rechts-konservativen Instituts für Staatspolitik (IfS) veröffentlicht wurde, brachte sicher das Fass zum überlaufen.



Nun forderte der an der Bundeswehr-Uni tätige Honorarprofessor [Peter Paul Gantzer](#) (Foto l.), der gleichzeitig für die SPD als Vizepräsident im bayerischen Landtag sitzt, Konsequenzen. Der Verteidigungsminister [müsse disziplinarrechtlich einschreiten](#), wenn die Truppe sich verselbständigt und bestreitet, dass die Erde eine Scheibe sei.

Wenn das nicht helfen sollte, können wir uns ganz sicher darauf verlassen, dass der Studentische Konvent, der für die Berufung Böckers zum Chefredakteur verantwortlich ist, die Reißleine ziehen wird. Zu kleinen Stauffenbergs mit einem Ehrbegriff, für den man zur Not auch mit dem Leben einsteht, werden unsere wohlstandsverhätschelten Offiziersanwärter nämlich nicht mehr er- und gezogen. Viel wichtiger ist für einen Soldaten und das Land schließlich – wie Gantzer meint – aus der Armee eine liberal-demokratische Einrichtung zu machen. Nachdem man in manchen Truppenteilen schon vor über 20 Jahren begonnen hat Befehle auszudiskutieren, schien man diesem Ziel doch eigentlich schon ganz nah.



Vermutlich wird dem in seinem Selbstverständnis „katholisch-konservativen Offizier“ Martin Böcker (Foto l.), der schon für die Junge Freiheit geschrieben hat, auch nicht helfen, dass die Anwürfe gegen ihn nachweislich aus dem

linksextremen Spektrum kommen und das Institut für Staatspolitik NICHT vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Schließlich reicht es schon, wenn letzteres in seiner Publikation „Sezession“ äußert, dass es von Verantwortungslosigkeit zeuge, „wenn es sich die führenden Köpfe unseres Landes noch immer verbieten, rechts von der Mitte Ausschau nach Lösungswegen aus der Volkskrise zu suchen“.

Stellt sich zum Schluss noch die Frage, was wirklich frauenfeindlich ist: Männer und Frauen in allen Lebensbereichen – selbst dort wo es keinen Sinn macht – in eine Wettbewerbssituation zu befördern? – Oder ehrlich zu erkennen, wo einfach die Teamleistung nicht mehr stimmt, wenn man zwischengeschlechtliche Probleme und geschlechtstypische körperliche oder mentale Schwächen in eine Mannschaft holt. Manchmal ist eine Kette eben doch nur so stark, wie ihr schwächstes Glied.

Übrigens hat man noch niemanden gehört, der sich ernsthaft darüber beschwert hätte, dass im Sport Frauen nicht in Männermannschaften mitspielen dürfen. Das sollte uns zu denken geben.

Kontakt:

- » Studentischer Konvent: studentischer.konvent@unibw.de
- » Peter Paul Gantzer (MdL): lukas.graf@gantzer.de

Medienberichte zum Thema:

- » Sezession: [Interview mit Oberleutnant Martin Böcker](#)
- » Spiegel: [Bundeswehr-Uni fürchtet Unterwanderung von rechtsaußen](#)
- » Blaue Narzisse: [Chronik des Skandals um „Campus“](#)
- » WELT: [Rechter Chefredakteur entzweit den Lehrkörper](#)

Islam-Terrorist Atilla Selek bleibt ausgebürgert



Der islamische

Terrorist Atilla Selek hat rechtmäßig seine deutsche Staatsbürgerschaft verloren, entschied das Verwaltungsgericht Sigmaringen. [Ach, wie beruhigend sich das immer anhört.](#) Da er aber seinen türkischen Paß schon längst abgegeben hat, ist er nun – Berufung kann auch noch kommen – vorerst staatenlos. Und ein solches armes Würstchen kann natürlich nie aus dem Land geworfen werden, sondern wird auf Lebenszeit beim deutschen Sozialamt hängen bleiben. **Weitere Links gemixt:**

- » Stuttgart: Grüne wollen kleine Dienstwagen wg, CO2, [SPD nicht!](#)
- » Kampf gegen Rechts: [Rudolf Heß ausgegraben!](#)
- » FC Bayern steht zu Gerd Müller! [Danke!!](#)
- » Türkische Moslems klagen [sich in evangelische Schule!](#)
- » Ökoterroristen wieder einmal [gewalttätig gegen Gentechnik!](#)
- » Wie [Ökoterroristen funktionieren!](#)
- » Euro-Interview [mit Wilhelm Hankel!](#)
- » „Demokraten“ rauben Ägyptens [Museen aus. Wetten daß?](#)
- » Grüner Özcan Mutlu findet Rauswurf [Sarrazins in Kreuzberg gut!](#)
- » Sarrazin, Kreuzberg [und der Vorbürgerkrieg!](#)

- » Bundesfinanzhof [entscheidet heute über Soli!](#)
- » Goldtausch [in Berlin!](#)
- » Darf Mieter Piratenflagge [aus dem Fenster hängen?](#)
- » Mannheimer: 3500 geschlachtete [Christen in Srebrenica!](#)
- » [Wiwo-Interview](#) mit Vermögensverwalter Felix Zulauf über den Euro

Das Foto oben zeigt Griechenlands Beitrag zur Euro-Rettung heute. Das deutsche Konsulat in [Thessaloniki wurde beschmiert](#). Man beachte die Jahreszahlen!